

Kritik an Asylverschärfungen

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International kritisiert Schweizer Umgang mit Flüchtlingen

Amnesty International kritisiert die Schweiz: Die Gewalt von Seiten des Staates nehme zu. Bei der Polizei und im Asylwesen werden Misshandlungen, rassistische Beschimpfungen und übertriebene Gewalt angeprangert.

Speziell gegen die Empfangsstelle Kreuzlingen TG erhebt Amnesty International (AI) Vorwürfe: Allein seit Anfang Jahr habe es dort fünf Übergriffe von Securitas-Leuten gegen Asylbewerber gegeben, sagte AI-Flüchtlingskoordinatorin Denise Graf. Laut Graf hat AI 2005 jeden Monat eine Meldung von übermässiger Gewalt gegen Asylsuchende in der Empfangsstelle erhalten. Im Februar erlitt ein Somalier einen vierfachen Armbruch, der Securitas-Mitarbeiter habe Bisswunden davongetragen, sagte Graf. Beide Seiten reichten Strafanzeige ein. Laut Graf hat der Untersuchungsrichter eine Strafuntersuchung gegen beide eingeleitet.

In drei weiteren Fällen seien Asylbewerber von Securitas-Mitarbeitern zusammengeschlagen worden, sagte Graf weiter. Der letzte Übergriff fand laut AI am 18. Mai statt: Zwischen einem Securitas-Mitarbeiter und einem Russen sei es zu einem Streit um ein Kopfschmerzmittel gekommen.

Die Empfangsstellen werden vom Bundesamt für Migration (BFM) betrieben, der Sicherheitsdienst von der Privatfirma Securitas. Securitas-Generalsekretär Reto Casutt sagte zu den Vorwürfen gegenüber der Nachrichtenagentur SDA: «Gewalt kommt bei Securitas nur in zwei Fällen vor: Notwehr und Notwehrhilfe.»

Kritik am Asylverfahren

Auch die Verschärfungen im Asylverfahren kritisiert AI. Die vorgesehene Herabsetzung der Beschwerdefrist gegen einen Ablehnungsentscheid von 30 auf 5 Tage werde in vielen Fällen zu Verstössen gegen die Genfer Flüchtlingskonvention führen. Dies gelte in besonderem Masse für die vom Bundesrat vorgeschlagene Einschränkung des Zugangs zum normalen Asylverfahren für Personen, die nicht innerhalb von 48 Stunden gültige Reisedokumente oder Ausweispapiere vorlegen können.

Blocher verteidigt seine Politik

Justiz- und Polizeiminister Christoph Blocher, unter dessen Federführung die verschiedenen Verschärfungen ausgearbeitet wurden, verteidigte gestern die Schweizer Asylpraxis: «Es ist klar, dass die Asylpraxis in der Schweiz und das Asylgesetz den Menschenrechten und dem Völkerrecht entsprechen müssen und auch entsprechen», sagte Blocher.

Als «einseitig» bezeichnete auch der Präsident der Konferenz der kantonalen Polizeikommandanten, Martin Jäggi, die AI-Kritik. Der Polizei sei die Situation bewusst, sagte Jäggi. Übertretungen würden geahndet. (sda)